

Zum Konstitutionalismus.

In Amerika macht man dem Präsidenten den Prozess, weil er ohne Genehmigung des Kongresses einen Minister abgesetzt hat und in England regiert ein Kabinet, welches die Majorität der Volksvertretung gegen sich hat.

Diese beiden Thatfachen sind an und für sich interessant; sie sind aber auch lehrreich für die Würdigung des Konstitutionalismus. In Amerika ruht die Verantwortlichkeit für die Regierung des Staates in erster Linie auf dem Präsidenten; vernünftiger Weise müsste er also auch volle Freiheit haben, die Vollstrecker seines Willens zu berufen und zu entfernen, denn ohne Freiheit der Handlung keine Verantwortlichkeit. Der amerikanische Kongress aber hat anders gedacht und dem Präsidenten in dem Kriegsminister Stanton nicht sowohl einen Beamten, als einen Hüter gegeben, dessen dieser sich nicht entziehen soll.

Möglicher Weise hat der Kongress Grund, dem Präsidenten zu misstrauen, aber wenn dessen persönliche Verantwortlichkeit nicht anerkannt, wo bleibt dann überhaupt die Theorie von der Minister-Verantwortlichkeit, welche sich auf den konstitutionellen Grundgedanken von der Unverantwortlichkeit des Staats-Oberhauptes gründet?

Die Geschichte giebt Antwort. Immer, wo sie mit den Regierungen vermeintlich ins Gericht ging, traf sie das unverantwortliche Staats-Oberhaupt und nicht die verantwortlichen Rathgeber, oder, wenn auch diese — in ganz unverhältnismäßiger Weise; denn Karl X. verlor den Thron, seine Minister hüpfen nur auf kurze Zeit die Freiheit ein.

In England verliert man jetzt gegen einen andern Kardinalpunkt des Konstitutionalismus, gegen die Forderung, daß die Regierung sich mit der parlamentarischen Majorität im Einklang zeigen soll.

Das Ministerium d'Israeli befindet sich in eklatanter Minorität und zwar nicht zu ungünstiger Weise oder in einer nebensächlichen Frage; sondern in fester vertritteter Abstimmung über eine Frage, an welcher das Schicksal Englands hängt und — das Kabinet d'Israeli denkt nicht daran abzutreten.

Die Sache wird noch pitanter dadurch, daß die englische Opposition vollkommen regierungsbereit und regierungsfähig ist und nicht bloß, wie das bei uns so häufig der Fall ist, der Regierung das Regieren unmöglich machen will, ohne zu bedenken, was daraus entstehen werde. Die Whigs haben sich um ein bestimmtes Regierungs-Programm in der irischen Frage und um einen befähigten Führer, Gladstone, geschaart; aber d'Israeli bleibt doch! — Werden die Engländer dies vertragen und wenn — aus welchem Grunde?

Offenbar aus dem Grunde, aus welchem Stanley eine Vertagung der irischen Frage forderte, deren Jahrhunderte lang aufgeschobene Lösung man nicht einem Parlamente anvertrauen könne, welches nur kurze Zeit noch zu leben und dann einer Vertretung Platz zu machen hat, welche auf ganz anderer und — wie man annimmt — richtigerer Basis beruht.

Es besteht also auch in England ein — Konflikt und es ist sogar möglich, daß dieser Konflikt dadurch noch größere Ähnlichkeit mit dem famosen preussischen Konflikt gewinnt, daß das Oberhaus mit ins Spiel gezogen wird, indem d'Israeli die Gladstone'sche Resolution als Gesetzentwurf, als Bill einbringt und an dem vorausgesetzlichen Widerstande des Oberhauses scheitern läßt.

Ob dann die Engländer aber auch schreien werden: Fort mit dem Oberhause? Schwerlich! Denn sie wissen, daß die Herren, zwar nicht aus Volkswahlen hervorgegangen, doch nicht minder das Volk Englands vertreten, als das Unterhaus und die in ihr wechselnden Strömungen und Stimmungen.

Deutschland.

Berlin, 14. April. Es ist, wie die „R. Z.“ hört, die Anweisung erteilt, die Fortifikations-Arbeiten auf das Nothwendigste zu beschränken und die bereits begonnenen vorerst einzustellen. So würden denn die bisher gehörigen Arbeits-Einstellungen in Pommern und am Rhein zu erklären sein, während die Befestigungs-Arbeiten in der Provinz Hannover kräftigst weitergeführt werden. — Nach dem mit Norwegen seitens des norddeutschen Bundes neu abgeschlossenen und mit dem 15. d. Mts. in Kraft tretenden Postvertrage beträgt das Porto für einen einfachen Brief (bis 1 Zoll-Loth einschließlich) im Frankfurterfalle 3½ Groschen, beziehentlich 12 Kreuzer, im Nichtfrankfurterfalle 5 Groschen oder 18 Kreuzer. Im Wege der Postanweisung können Zahlungen bis zum Betrage von 30 Thlr. vermittelt werden, wofür 4 Groschen oder 14 Kreuzer im Voraus bezahlt werden müssen. Bei der Absendung aus dem norddeutschen Bunde erfolgt die Einzahlung mittelst eines gewöhnlichen Postanweisungs-Formulars, wie im norddeutschen Verkehr. Ähnliche Formulare kommen bei der Absendung aus Norwegen zur Anwendung. Die Bestimmungen des Vertrages gelten auch für die Korrespondenz aus Oesterreich, Baiern, Württemberg, Baden und Luxemburg nach Norwegen und umgekehrt.

Die Kommission, welche unter Führung des Geheimen Raths Herzog aus dem Handelsministerium die Beschwerden der Bewohner des Rheingaus über die beabsichtigte Rheinkorrektion prüfen soll, hat dieselben, wie die „Post“ meldet, ungerechtfertigt befunden, so daß an die Inangriffnahme der Korrektionsarbeiten wohl nicht zu zweifeln ist. Einem der heftigsten Punkte des deutschen Vaterlandes wird dadurch sein Reiz genommen.

Die Mitglieder der polnischen Fraktion haben beschlossen, im Zollparlamente nicht zu erscheinen.

Das „Frankf. Journal“ ist in der Lage, über die Ursache des am Darmstädter Hofe schwebenden Konflikts Aufklärung

zu geben. Bekanntlich wurde alsbald nach den Ereignissen von 1866 eine Anzahl von den verschiedenen Chargen angehörigen Offizieren mittelst „blauer Briefe“ in Kenntniß gesetzt, daß dem Avancement zum Rang der Stabsoffiziers sich in ihrer persönlichen Qualifikation begründete Hindernisse entgegenstellen würden. Den Ursprung dieser Maßregel will man auf das bestige Andringen des Prinzen zurückführen. Auch soll eine an sich geringfügige Spannung zwischen diesem und dem Kriegsministerium dadurch gesteigert sein, daß während eines längeren Aufenthaltes des Prinzen in England verschiedene der mit Zuschriften der bezeichneten Art Bedachten in das bereits für immer verschlossen geglaubte Eldorado befördert wurden. Auch der im Widerspruch mit dem ablehnenden Votum der zweiten Kammer von dem Kriegsministerium unternommene Bau einer weiteren, selbst von vielen Militärs für überflüssig erachteten Reilbahn soll zur Besserung der gegenseitigen Beziehungen nicht angethan gewesen sein. Das von dem Prinzen unterstützte Drängen des hiesigen preussischen Militärbevollmächtigten auf raschere Durchführung gewisser Situationsänderungen der Militärkonvention, welchem das Kriegsministerium eine ablehnende Haltung entgegensetzte, soll endlich den völligen Bruch herbeigeführt haben.

Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Braunschweig wegen des Baues einer Bahn von Magdeburg nach Helmstedt und deren eventueller Fortleitung nach Braunschweig ist zur Zeit so weit festgestellt, daß die Unterzeichnung des Vertrags seitens der betreffenden Kommissare in den nächsten Tagen erfolgen dürfte.

Hannover, 10. April. Die Beurtheilung der hannoverschen Offiziere scheint hier keinen absonderlichen Eindruck gemacht zu haben, obwohl sie Söhne und Angehörige angesehenen Familien trifft. Das Ergebnis war bei jedem Verzicht auf Vertheiligung, dem, wie angenommen wird, auch der auf Berufung folgen würde, zu gewiß vorauszu sehen, und was über die Beteiligung der Einzelnen beigebracht ist, war nach den Verhaftungen und Hausdurchsuchungen im vorigen Jahre schon mehr oder minder kund geworden. Die offiziellen und nationalen Blätter theilen die Verhandlung ohne Bemerkungen mit, die welfischen betonen das Mißverhältnis zwischen dem Strafrecht und den Anschauungen der heutigen Zeit, denn so leicht werde doch keiner annehmen, daß Offiziere, auch wenn sie aus Treue für ihren König sich gegen den preussischen Staat vergangen haben, zu zucht hauswürdigen Verbrechern herabgesunken seien. Dieselben Blätter stellen das baldige Wiederersehen der gerade heute verurtheilten „Offiziere“ in Aussicht, wenn auch unter anderem Namen und in anderer Form; in welcher aber dies geschehen mag, nichts ist sicherer, als daß damit nur eine neue Lücke in den welfischen Privatschatz gerissen werden wird, und es ist kaum denkbar, daß die eben angestellte Erfahrung nicht besser belehrt haben sollte.

Ausland.

Wien, 10. April. Die innere Politik hält ihre Osterferien. Aus den Provinzen mehren sich die Proteste gegen die Brestel'schen Finanzpläne, insbesondere gegen das Projekt der Vermögenssteuer. Kein Tag vergeht, ohne daß nicht neue Demonstrationen von Bezirksvertretungen gegen letztere Steuer bekannt werden. Die Abgeordneten, die gegenwärtig zum größeren Theile unter ihren Wählern weilen, werden genügend Gelegenheit haben, sich über die Stimmung der Bevölkerung zu informieren.

Die Zurückweisung, welche die Forderung der polnischen Reichsrathmitglieder in Betreff eines besonderen Hofkanzlers für Galizien von Seiten der Regierung erfahren hat, wird von den polnischen Parteiblättern in sehr herber Weise besprochen. Sie erblicken in dieser Zurückweisung nicht bloß Unbill für die eifrige Mitwirkung der Polen bei der Neugestaltung Oesterreichs, sondern auch Nichterfüllung eines positiven kaiserlichen Versprechens. Die „Gaz. Narod.“ nennt die Forderung eines galizischen Hofkanzlers eine „Lebensfrage für Galizien“ und kündigt dem Ministerium an, daß die Polen zur Erreichung derselben alle Hebel der Agitation in Bewegung setzen und sich zunächst direkt an den Kaiser wenden werden. Um so befriedigter sprechen sich die russischen Parteiblätter über die Ablehnung einer galizischen Hofkanzlei aus, die ihrer Meinung nach nur ein Werkzeug zur Förderung der polnischen National-Interessen sein würde.

Die Untersuchungsakten gegen Julie v. Ebergengy (Gismord Chorinsky) sind geschlossen und gestern dem Referenten, Landgerichtsrath Guiniani übergeben worden, es ist darauf vom Gericht sofort die Anklage wegen Verbrechen des Mordmordes gegen Julie v. Ebergengy erhoben und dieser der Anklagebeschluß publizirt worden.

Wenn Herr v. Beust über die Dänen so denkt, wie heute die „Presse“ schreibt, so haben sie von Oesterreich absolut nichts und nach der Meinung der „Presse“ auch von sonst Niemand etwas zu erwarten. Es giebt Völker, sagt sie, an denen alle Lehren der Geschichte verloren, die nicht einmal durch eigenen schweren Schaden klug werden. Zu diesen Völkern gehören auch die Dänen. Klein an der Zahl und mit schwachen Kräften ausgerüstet, stehen sie doch im Selbstgefühl dem Franzosen kaum nach, und obschon ihr Gebiet immer mehr schwindet, blähen sie sich mit großmächtigen Präntationen auf und fordern übermüthig immer wieder ihre stärkeren Nachbarn heraus. So sind sie auf dem besten Wege, auch den letzten Rest ihrer Besitzungen auf dem europäischen Festland zu verlieren, weil sie sich nicht in dem engen Kreise ihrer Nationalität einzurichten verstehen, und noch immer nicht vergessen können, daß sie einst über Deutschland geherrscht. Durch den Prager Frieden erhielten die Dänen zum drittenmal seit dem Jahre 1852 Gelegenheit, von der Großmuth Europas günstigen Gebrauch zu machen. Auch diesmal dürfte sie jedoch allem Anscheine nach ihre insularische Verstocktheit und Verbissenheit um die Früchte fremder

Bemühungen bringen. Dänemark will Düppel und Alsen zurückgewinnen, während Preußen nicht daran denkt, diese mit schweren Opfern eroberten festen Punkte, welche Südschleswig und Holstein gegen dänische Handstreich schützen sollen, wieder aus den Händen zu geben. Die beiden Punkte sind dänisch; das ist richtig, und von diesem national-romantischen Standpunkt wären die Dänen im Rechte. Die hohe Politik hat jedoch mit der Romantik wenig oder nichts gemein, und wirft ihr Schwergewicht stets dahin, wo die Macht liegt. Preußen hat die Macht, Düppel und Alsen zu behalten, und es will diese Punkte behalten, da es derselben zur völligen Sicherung seiner nördlichen Grenze bedarf, und weil das deutsche Volk jede weitergetriebene Nachgiebigkeit gegen Dänemark als Symptom der Schwäche auslegen würde. Es heißt, daß die Dänen sich an den Mitunterzeichner des Prager Friedens, Oesterreich, und an seinen alten Protektor, Frankreich, gewendet haben, damit diese Mächte eine Pression auf Preußen zu dänischen Gunsten üben. Was Oesterreich betrifft, so haben wir auch nicht das mindeste Interesse, auch nur Eine Diplomatenfeder in dieser Frage in Bewegung zu setzen. Unsere Interessen werden durch die nord-schleswigsche Theilungsgrenze, wie sie auch immer gezogen werde, nicht entfernt berührt. Auch von Frankreich haben die Dänen wohl keine Unterstützung zu erwarten. Auch für diese Mächte, ihre politischen und maritimen Interessen ist es ziemlich gleichgültig, wer Düppel und Alsen besitzt, und die Sympathien Frankreichs für Dänemark waren eben seit geraumer Zeit — diplomatische Sympathien, welche bekanntlich auf die großen politischen Entscheidungen keinen Einfluß üben, Frankreich war nicht geneigt, sich in Bewegung zu setzen, als im Jahre 1864 Dänemark am Rande des Abgrundes stand, und wird daher sicherlich heute stillhalten, da es sich bloß um einen Streich dänischen und deutschen Gebiets mehr oder weniger handelt.

Paris, 12. April. Wie draußen die Natur, so ist auch die Stimmung des Publikums an dem heutigen Osterfeste trübe und kalt. Die Kriegsbesürchtungen, die noch vor 14 Tagen gänzlich verschwunden schienen, lasten von Neuem schwer auf den Gemüthern. Man bemerkt sehr einen Artikel der heutigen „Epoque“ — dieses Blatt ist jetzt gänzlich in das offiziöse Lager übergegangen — in welchem die russische Presse ganz auf dieselbe Art angegriffen, wie die preussischen Blätter im vorigen Jahre von den französischen Regierungs-Journalen. Es wird derselben Kriegslust und unnütze Propagation von russischen Truppen nach Asien vorgeworfen, daß Preußen an dieser Heckheit Anstoß durch seine Aufmunterungen viele Schuld trage. Wie soll da die Stimmung sich beruhigen, wenn man die Regierung in ihren Blättern bald den Frieden andeuten, bald den Krieg in Aussicht stellen und wenn man dabei die militärischen Rüstungen in wahrhaft fiebriger Hast vorwärts getrieben sieht? Es wäre vergeblich, zu erwarten, daß die Budget-Kommission und der gesetzgebende Körper das Militär-Budget ernstlich beschneiden werden. Die Mehrheit, die sich in der ersten Anfangs gegen die enormen Ziffern des Marshalls Niel aussprach, ist bereits zur Minderheit geworden. Und im Plenum der Kammer selbst wird das einflussreiche und gefürchtete Wort der Minister manches verirrte Schäflein der Majorität wieder in die altgewohnte Hürde zurückzuführen. — Das Bündniß zwischen der Regierung und der liberalen Partei Bedarfs der Wahlen ist als vorläufig gescheitert zu betrachten. Die Ultramontanen werden eine Mittelpartei bilden, die, schon durch ihre Zahl mächtig, auch vermittelt ihrer Stellung ein starkes Gewicht auf die nächsten Wahlen auszuüben bestimmt ist. — Der Präfekt der Haute-Garonne (Toulouse) wird nun doch „die Treppe hinauffallen“; er soll in die Altersversorgungs-Anstalt des Senats befördert werden.

Florenz, 7. April. In Turin herrscht wieder die Ordnung, die Arbeiter sind in ihre Werkstätten zu rückgekehrt und haben wohl daran gethan, denn die Artillerie war nicht weit; sechs Batterien waren am Sonntag vor den Thoren der Stadt angekommen und trafen unterwegs mit einem Bataillon Bersagliere von Novara, dem 41. Linienregiment von Alessandria und einem Kavallerieregiment von Savigliano zusammen. Menabrea kehrte heute Morgen von Turin hierher zurück und hat dem König gesagt, es sei Alles beendet. Die Freunde des Ministeriums sind übrigens aufgebracht, daß die Regierung wenigstens insofern nachgegeben, als sie in der Proclamation, die zur Ruhe ermahnte, Abhülfe versprach. Das Nachgeben des Ministeriums ist um so bedeutamer, als der Abzug von den Löhnen schon seit 18 Monaten in der Waffenfabrik und der Tabakfabrik praktiziert wurde, der Strike der Arsenalarbeiter hat also auch die Wirkung gehabt, die anderen Fabriken von dem Abzug eines Sou pr. Franc, der schon seit 1866 erhoben wurde, zu befreien.

Der König ist in der That leidend gewesen, er hat eine Kongestion nach dem Gehirn gehabt, die seine starke Natur mit Hilfe rechtlicher Aderlasse indes überwunden hat.

Die Municipalhunta von Pavia hat beschlossen, zum Hochzeitstische des Prinzen Humbert keine Adresse abzuschicken, was hier natürlich peinliches Aufsehen macht.

London, 11. April. Der „Spectator“ zeichnet den wahrscheinlichen Lauf der Dinge folgendermaßen vor: Disraeli werde nicht austreten, wofern man ihn nicht gewaltsam beim Kragen packe. Das Ministerium werde die Resolutionen Gladstone's der Reihe nach bekämpfen, so viel Zeit als nur immer möglich darüber vergeuden und, wenn schließlich geschlagen, der Königin folgendes Dilemma vorlegen: Wir können der Krone nimmer empfehlen, eine Adresse zu genehmigen, welche die Auslieferung der irischen Kirche an den Feind empfiehlt. Eben so können wir der Krone rathen, ein Gesuch zurückzuweisen, das von einer so großen Majorität gestellt wurde. Folglich schlagen wir eine Berufung an

Table with multiple columns: Eisenbahn-Actien, Prioritäts-Obligationen, Preussische Fonds, Fremde Fonds, Bank- und Industrie-Papiere. Includes various stock and bond listings with prices and interest rates.

Familien-Nachrichten. Verlobt: Frl. Friedrich Schulz mit dem Kaufmann Herrn Johannes Braun (Putbus-Stettin). Geboren: Eine Tochter: Herrn Heinrich Schmidt (Straßburg).

Bekanntmachung, die Behältnisse zur Aufnahme der Asche betreffend. Nach Titel II, § 31 der revidirten Bau-Polizei-Ordnung vom 15. Februar 1862 ist bei jedem Wohngebäude innerhalb der Festungswerke, der Kastadie, Fort Preußen und auf der Silberwiese ein feuerfester Behälter zur Aufnahme der Asche einzurichten.

Bekanntmachung. Zur Vergebung der bei dem Umbau des Nachtgebüdes im Fort Preußen zu einer Kaserne vorkommender Tischler-, Glaser-, Zäpfer-, Schieferdecker-, Klempner- und Steinsetz-Arbeiten, incl. Lieferung aller dazu erforderlichen Materialien, im Wege der öffentlichen Submission an die Mindestfordernden ist auf

Bekanntmachung. Zur Vergebung der bei dem Umbau des Nachtgebüdes im Fort Preußen zu einer Kaserne vorkommender Tischler-, Glaser-, Zäpfer-, Schieferdecker-, Klempner- und Steinsetz-Arbeiten, incl. Lieferung aller dazu erforderlichen Materialien, im Wege der öffentlichen Submission an die Mindestfordernden ist auf

Bekanntmachung. Das alte Kommandantur-Gebäude nebst Hof- und Hintergebüden, große Wollweberstraße Nr. 26 zu Stettin, soll öffentlich meistbietend verkauft werden, und ist zu diesem Zwecke

Bekanntmachung. Das alte Kommandantur-Gebäude nebst Hof- und Hintergebüden, große Wollweberstraße Nr. 26 zu Stettin, soll öffentlich meistbietend verkauft werden, und ist zu diesem Zwecke ein Termin auf Freitag, den 26. Juni cr., Nachmittags 4 Uhr, im Bureau der unterzeichneten Fortifikation in Stettin, Rosengarten Nr. 25/26, 2 Treppen hoch, anberaumt, wo auch die Verkaufsbedingungen einzusehen sind.

Bekanntmachung. Die städtischen Bau- und Wirtschaftsführer für den Rest des Jahres 1868 und das Kalenderjahr 1869, sollen an den Mindestfordernden verlicitirt werden. Zur Entgegennahme der Gebote steht

Bekanntmachung. Die unter der städtischen Turnhalle in der Wallstraße der Neustadt belegenen großartigen Kellerräume von ca. 105 Fuß Länge, 36 1/2 Fuß Breite und 9 Fuß Höhe, bis an den Gewölbescheitel,

Bekanntmachung. Die im verfloßnen Winter in den königlichen Forstrevieren Mühlenbeck und Klitz eingeschlagenen gesunden Buchen-Klobenhölzer, und zwar im Forstreviere Mühlenbeck etwa 2500 Kaster, Klitz 1100

Bekanntmachung. Die im verfloßnen Winter in den königlichen Forstrevieren Mühlenbeck und Klitz eingeschlagenen gesunden Buchen-Klobenhölzer, und zwar im Forstreviere Mühlenbeck etwa 2500 Kaster, Klitz 1100

Bekanntmachung. Die im verfloßnen Winter in den königlichen Forstrevieren Mühlenbeck und Klitz eingeschlagenen gesunden Buchen-Klobenhölzer, und zwar im Forstreviere Mühlenbeck etwa 2500 Kaster, Klitz 1100

Bekanntmachung. Die im verfloßnen Winter in den königlichen Forstrevieren Mühlenbeck und Klitz eingeschlagenen gesunden Buchen-Klobenhölzer, und zwar im Forstreviere Mühlenbeck etwa 2500 Kaster, Klitz 1100

Bekanntmachung. Die diesjährige ordentliche General-Versammlung unserer Gesellschaft findet am Dienstag, den 28. April cr., Vormittags 10 Uhr, im Schiedsgerichtsslokale der hiesigen Börse statt, wozu wir die Herren Actionaire (Commanditisten) hiermit einladen.

Das Pädagogium Ostrowo bei Filehne an der Ostbahn erzieht Knaben vom frühesten schulpflichtigen Alter in ländlicher Zurückgezogenheit und fördert sie im Gymnasial- wie im Realschul-Lehrgange von der Septima bis zur Prima. Die Anstalt ist berechtigt, gültige Zeugnisse zum einjährigen Freiwilligendienst auszustellen und bildet für jeden Lebensberuf, den gelehrteten wie den practischen, aus. Pension 200 Thlr., Schulgeld 25 Thlr. jährlich. Prospecte gratis. Dr. Behm-Schwarzbach, Director.

Höhere Töchterchule, Noßmarktstr. Nr. 8. Die Osterferien dauern bis zum 17. April. Anmeldungen nimmt bis dahin an Dr. Draeger.

Höhere Knabenschule in Altdamm. Am Sonnabend, den 18. April, Aufnahme und Prüfung neuer Schüler. Montag, den 20. April, Beginn des Sommer-Semesters. Hübner, Schullehrer.

Zu der Erziehungs-Anstalt für deutsche Missionarstöchter in Ducherow finden vom 1. Mai cr. ab auch verwaiste und bedürftige Töchter von Predigern, Beamten und Officieren für eine jährliche Pension von 60 Rthl. Aufnahme zur christlichen Erziehung, mütterlicher Pflege und gebogener Ausbildung. Die Pension für Töchter aus begüterten Ständen (es brauchen dies nicht gerade Waifen zu sein) ist auf 120 Rthl. ermäßigt. Zu näherer Auskunft erbietet sich

Sinfonie-Concert Mittwoch, den 15. April, im großen Saale des Schützenhauses. Programm. Ouverture „Der Wasserträger“ von Cherubini. Sinfonie (Violoncelle) von L. v. Beethoven. Marsche fanebre von Chopin. Duverture zu „Rienzi“ von R. Wagner. Ständchen für Cello-Solo von Hertel. „Das Abendglocklein“, Idylle von Bach (auf Wunsch). Fantasie aus dem „Sommertraum“ von Mendelssohn.

Lotterie-Anzeige. Die resp. Interessenten der 137. Lotterie werden hiermit erucht, die Erneuerung der vierten Klasse bis zum 20. April cr., Abends 6 Uhr, als dem gesetzlich letzten Termine, bei Verlust ihres Anrechts zu bewirken. Die königlichen Lotterie-Einnehmer Lübecke, Schreyer, Flemming, Wollfram.

Bibliothek und Lesezimmer des Pommerischen Vereins jeden Montag, Donnerstag, Sonnabend Nachm 6-9 Uhr geöffnet.

Ersparniß an Zeit und Geld. Wer irgend etwas in eine oder mehrere Zeitungen zu inseriren beabsichtigt, der wende sich an die Zeitungs-Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse in Berlin, Friedrichstraße Nr. 60. Durch dieses Institut werden bekanntlich Annoncen in sämtliche existirende Zeitungen ohne Preisermäßigung, ohne Porto oder Provisionsanrechnung prompt expedirt. Belag über jedes Inserat. Compl. Inserionsstatistik pro 1868 gratis und franco.

Glücks-Offerte. Das Spiel der Frankl. u. Mannov. Lotterie ist von der Königl. Preuss. Regierung gestattet. „Gottes Segen bei Cohn!“ Grosse Capitalien-Verloosung von über 2 Millionen. Beginn der Ziehung am 16. d. Mts. Nur 2 Thlr. oder 1 Thlr. kostet ein vom Staate garantirtes wirkliches Original-Staats-Loos, (nicht von den verbotenen Promessen) aus meinem Debit und werden solche gegen frankirte Einsendung des Betrages oder gegen Postvorschuss, selbst nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Frankfurter Lotterie. In meine glückliche Kollekte fiel am Nr. 15,190 ein Gewinn von 1000 Gulden. Die Ziehung wird täglich bis 1. Mai fortgesetzt, nicht gezogene Kauflosse offerirt A. Leist in Alt-Damm.

